Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Mai 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27980, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060
Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 104 — Sonnabend, 3. Mai 1924 — XXXII. Jahrg

„Der neue Richelieu"

Poincarés Plan, das Sachverständigengutachten zur Befestigung der französischen Vorherrschaft auf dem Festland auszunützen

Neuer Vorstoß der französischen Diplomatie

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris, 2. Mai.** (Eig. Drahtbericht) **Während der letzten Tage unterläßt es die Regierungspresse, für die Wahlen Propaganda zu machen. Sie wartet auf den 4. Mai.** Wenn sich unter den neugewählten Reichstagsabgeordneten einige der vielgenannten Nationalisten, am Ende gar Ludendorff, befinden sollten, **so werden die Blockzeitungen diese Namen als Schreckgespenst benutzen, um dem französischen Wähler zu beweisen, daß die Deutschen kriegerische Revanchepläne vorbereiteten.** Bis zum 11. Mai, dem Tage der Kammerwahlen, wird man hier das Steuer führen, um dem nationalen Block zum Siege zu verhelfen. Die vorläufige Zurückhaltung der Regierungsblätter geht aber nicht so weit, daß sie auf eine Stellungnahme zu den außenpolitischen Erklärungen deutscher Minister, namentlich Stresemanns, verzichteten. Die Kommentare zur Magdeburger Rede Stresemanns bilden den Schlüssel zu dem Plan Poincarés, dessen Einzelheiten erst nach den französischen Wahlen zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gelangen werden.

Schon jetzt wird gegen die deutsche Auslegung des Expertenplanes Front gemacht und dadurch zu erkennen gegeben, **daß Poincaré das Ruhrgebiet samt den Eisenbahnen nicht freigeben wird.** In den Kommentaren zu Stresemanns Rede fällt namentlich die Ironie auf. „Wie sich der deutsche Außenminister die Regelung der Reparationsfrage vorstellt" oder „Was Stresemann gern möchte" — so und ähnlich betiteln die poincaristischen Blätter ihre Artikel. Diese Ausführungen sollten in Deutschland gebührend beachtet werden, denn sie enthalten den Kern der französischen Kabinettspolitik.

Wie ich im Laufe dieser Woche festzustellen vermochte, **rechnet man in Regierungskreisen mit einer Stärkung der Linksparteien des französischen Parlaments.** Poincaré trug dieser Eventualität dadurch Rechnung, daß er in den wichtigsten innenpolitischen Fragen der Linken allerlei grundsätzliche Zugeständnisse gemacht hat. Die Folge ist, daß sich auch die Kandidaten des Linksblocks auf Poincarés innenpolitisches Programm berufen und es unterlassen, die Reparationspolitik gegen den Ministerpräsidenten ins Treffen zu führen.

Wenn also eine neue Mehrheit in die Deputiertenkammer kommt, so ist die Stellung Poincarés keineswegs dadurch gefährdet. Der Ministerpräsident wird sich auch dann in seiner Außenpolitik auf eine Majorität stützen können, und es wird ihm möglich sein, die Richtung seiner Reparationspolitik beizubehalten. **Als Hauptdruck hält er das Schicksal der internationalen Anleihe in der Hand.** Deutschland benötigt nach maßgebender französischer Ansicht diese Anleihe, um die Rentenmark zu retten. Solange es sich nicht mit Frankreich direkt einigt, besteht keine Aussicht auf Unterbringung der 800 Millionen Goldmark. England allein vermag nur einen kleinen Teil herzugeben und Amerika verlangt vorher die Regelung der Reparationsfrage auf Grund des Expertenplanes.

Diesen Plan hat Poincaré wohl als Grundlage akzeptiert, **aber er wird nach den Wahlen endgültig die Bedingungen stellen,**

daß die Micumverträge unkündbar erneuert werden,
daß die Ruhr unter militärischer Besetzung bleibt,
daß die französischen Linien der linksrheinischen Bahnen französische Kontrolle erhalten.

Zu diesen Bedingungen fühlt er sich auf Grund des Expertenplanes berechtigt. Den Protest Deutschlands gegen Frankreichs Forderungen hält er für zeitlich sehr begrenzt, etwa ein Vierteljahr. Man wird in Deutschland, so meinen poincaristische Kreise, bald einsehen, daß weder England noch Amerika die Situation retten können, und deshalb wird man sich in Berlin gezwungen sehen, das französische Programm anzunehmen. Ist diese Annahme durch Deutschland erfolgt, so wird das französische Kabinett mit England und Amerika die Einigung vollziehen.

Das ist in großen Umrissen der Plan Poincarés. Man erklärt hier, daß die Verwirklichung dieses Planes Frankreichs Hegemonie in Europa erreichen und Poincaré zu einem zweiten Richelieu machen wird. Gestützt auf seine kontinentalen Bündnisse, wird Frankreich die Geschicke des Festlandes bestimmen und im Handelsverkehr mit Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen sichern.

Die belgischen Minister in London

⊙ **London, 2. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Die belgischen Minister sind gestern in London eingetroffen und werden heute die Verhandlungen mit Macdonald eröffnen.

Die deutsche Wirtschaft und der 4. Mai

Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Kastner-Dresden zu den Reichstagswahlen

In einer gutbesuchten Wählerversammlung der Demokratischen Partei sprach Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Kastner über die Bedeutung der gegenwärtigen Reichstagswahlen für die deutsche Wirtschaft.

Die gegenwärtige Wahl stellt nach den Ausführungen des Redners das deutsche Volk vor eine Entscheidung von unendlicher Tragweite. Voraussetzung wäre in einer politischen Situation wie der gegenwärtigen einheitliche Geschlossenheit des ganzen Volkes. Statt dessen sehen wir Zersplitterung in kleine und kleinere Trüppchen, bei verhältnismäßig starker Teilnahmslosigkeit der Wählermassen und ein

bedrohliches Vorherrschen radikaler Phrasen und Schlagworte

Die Linke, in sich vielfach gespalten und sich in ihren einzelnen Schattierungen auf das erbitterste befehdend, hat im Volk an Boden verloren. Niemand glaubt mehr an die erlösende Kraft kommunistischer Versprechungen, nachdem Sowjetrußland selbst praktisch und mit Erfolg zu seinem Wiederaufbau die Wege des westlichen Kapitalismus geht. Der Marxismus, unverständliches Glaubensdogma, ist zusammengebrochen an seiner materialistischen, dem vaterländischen Empfinden in keiner Weise Rechnung tragenden Struktur. Wo Sozialisten praktisch an verantwortlicher Stelle Erfolge erzielt haben, war ihre Tätigkeit Abkehr von ihren sozialistischen Forderungen und Einstellung auf demokratische Linie.

Auf der andern Seite steht die große Gruppe der Völkischen. Was sie eigentlich Positives wollen, ist selbst nach dem Urteil deutschnationaler Führer unklar. Was für „Politiker" in ihren Reihen sind, hat ja der „Hitler-Prozeß" zur Genüge bewiesen. Ehrliche vaterländische Begeisterung mischt sich mit den abgestandensten sozialistischen Lebensmitteln. Und in Thüringen sehen sie sich demonstrativ im Landtag auf die linke Seite (noch jenseits der Demokraten!).

Aber auch ihre Nährväter, die Deutschnationalen, können durch Stimmaufwand und mehr oder minder geschickte Plakatierung aller nur in Frage kommenden Straßenzäune die innere Unklarheit ihrer gegenwärtigen Ziele nicht verbergen. Das wird ganz offenbar, wenn man ihre Einstellung zu dem „Sachverständigengutachten" wissen will. Denn hier liegt der entscheidende Punkt.

Zum ersten Male dämmert am Horizont etwas wie Morgenlicht. Nicht um unsrer schönen Augen willen, sondern weil man dreierlei einsieht, einmal, daß die verheerenden Folgen des Krieges für die Weltwirtschaft noch schleunigst Heilung schreien, ferner daß nichts diese Heilung so sehr gefährdet wie die französische Brutalität und endlich, daß unerläßliche Voraussetzung für die Gesundung der Weltwirtschaft die

Gesundung der deutschen Wirtschaft

ist. Darum stellt das Sachverständigengutachten mit Recht in den Vordergrund die Forderung nach Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftssouveränität und nach dauernder Festigung der deutschen Währung.

Freilich, verlorener Krieg und verlorene Macht legen uns Opfer auf. Das ist unvermeidbar. Und die Lasten und Opfer, die das Sachverständigen-Gutachten von uns fordert, sind wahrlich groß genug. Aber auf der andern Seite mahnt das Wirtschaftschaos der vergangenen Jahre, mahnt das Sinken der Lebenshaltung aller Schaffenden auf ein unerträgliches Niveau, mahnen die Leiden unsrer Brüder und Schwestern an Ruhr und Rhein, alles daran zu setzen, um eine Rückkehr des hinter uns Liegenden, ja vielmehr noch Schlimmeres für die Zukunft zu vermeiden. Ausgangs 1923 standen wir unmittelbar vor dem Abgrund. Die Rentenmark, eines der großen wirtschaftlichen Wunder, deren Vaterschaft doch nur sehr bedingt und bruchteilweise Herrn Helfferich zuerkannt werden darf, hat uns den Anfang der Gesundung gebracht.

Aber die Rentenmark ist nur eine Zwischenlösung

Was wir brauchen ist Ruhe und Ordnung, dauernde Festigung unsrer Währung und Wirtschaft! Darum wird jetzt selbst den Herren auf der äußersten Rechten bange wegen ihrer Forderung nach dem entschiedenen „Nein". Denn ein Zuschlagen der Türen von uns bedeutet Uebergewicht Poincarés in der Entente, bedeutet Zerbrechen unsrer mühsam stabilisierten Währung, bedeutet neuen wirtschaftlichen Ruin. Es ist möglich, daß gewisse Wirtschafts-Gewaltige daran ein Interesse haben. Die Gesamtheit des deutschen Volkes aber muß schon um ihres eigenen bescheidenen Lebensinteresses willen andrer Ansicht sein. Die notwendigen Industriealler Gruppen, der Handel und das Gewerbe würden durch einen neuen Verfall unsrer Währung vernichtet, die notwendige Aufbesserung der Gehälter der Beamten, von denen durch den Abbau schon riesige Opfer gefordert sind, und ebenso die der Löhne der Angestellten und Arbeiter wäre unmöglich;

und die Versorgung aller Verbraucher würde auf das schwerste gefährdet sein. Durch steuerliche Anspannung bis zum äußersten haben wir endlich — zum ersten Male — den Haushalt in Reich und Staat zum Ausgleich gebracht.

Es geht langsam wieder vorwärts

und das ist — immer aufs neue sei es gesagt — schließlich doch der Erfolg der langsamen, zähen Arbeit der demokratischen Mitte, der Erfolg der Politik, die Rathenau begann (und die ihn das Leben kostete), die Stresemann, einst der schärfste Gegenspieler Rathenaus, fortsetzte und die, selbst wenn Herr Hergt Außenminister würde, unter dem Drucke der Verantwortung und der Verhältnisse von ihm auch nicht anders gemacht werden könnte. Wozu da der Lärm, wozu die Zersplitterung? Daß wir uns auch äußerlich stärker als bisher zu vaterländischem Empfinden bekennen, das ist gewiß begrüßenswert, aber zwingt zu verdoppelter Verantwortlichkeit. Wirtschaft ist freilich an sich nur Dienerin am Volksganzen, am lebendigen Volkstum, aber namentlich in Zeiten wie jetzt ist gesunde Wirtschaft unerläßliche Voraussetzung für lebendiges staatliches Leben unsres Volkes.

Darum werden

am 4. Mai alle schaffenden Stände

soweit sie sachlicher Einstellung fähig und ihrer Verantwortung sich bewußt sind, sich dem Gedanken nicht verschließen, daß nicht Utopie und Phrase — auch nicht die national angestrichene —, sondern

ehrliches vaterländisches Empfinden und Erkennen ausschlaggebend

sein muß, was aber unabweisbar zur

Politik der Mitte

drängt.

Die Durchführung des Sachverständigengutachtens

* **Berlin, 1. Mai.** Nachdem die Reparationskommission gestern zunächst zu einer offiziösen Sitzung zusammengetreten war, hat sie im Anschluß daran eine offizielle Sitzung abgehalten und beschlossen:

1. **sofort das Organisationskomitee für die deutsche Reichseisenbahngesellschaft zu bilden und zu diesem Zweck die beiden Sachverständigen Acworth und Le Berve zu ersuchen, persönlich an den Arbeiten dieses Komitees teilzunehmen (vorgesehen in Artikel 9 Anhang 4 des Sachverständigenberichts),**

2. **Sir Robert Kindersley als Mitglied des Komitees für die Organisation der Reichsemissionsbank zu bezeichnen (vorgesehen in Artikel 3 Anhang 1 des Sachverständigenberichts) und**

3. **zu ernennen A. Descamps, Verwaltungsrat der Banque générale du Nord und Präsident der Handelskammer zu Lille, sowie Dr. Alberto Pirelli, Industrieller (Italien), zu Mitgliedern des Organisationskomitees für industrielle Obligationen (vorgesehen in Anner 5).**

Wie der Pariser Korrespondent der „Voss. Ztg." meldet, rechnet man in den Kreisen der Reparationskommission damit, daß die deutschen und die alliierten Mitglieder der verschiedenen Komitees für die Durchführung des Sachverständigenprogrammes Mitte nächster Woche in Fühlung treten werden, um die Komitees durch Wahl von neutralen Mitgliedern zu vervollständigen. Die deutschen Mitglieder der von der Reparationskommission zu errichtenden Komitees für die Eisenbahnfragen, Staatssekretär Vogt vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär Bergmann, sind den Blättern zufolge bereits in Paris eingetroffen.

*

Kein japanisch-französisches Bündnis

⊙ **London, 2. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Die Nachricht von einem politischen Bündnis zwischen Japan und Frankreich wird aus Tokio amtlich dementiert.

Belgischer Vermittlungsvorschlag zur Ruhrfrage

London, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Nach zuverlässigen Informationen liegt von belgischer Seite ein Vermittlungsvorschlag zur Ruhrfrage vor, wonach die wirtschaftliche Räumung dann erfolgen soll, wenn die Reparationskommission erklärt, daß die Vorschläge der Sachverständigen von Deutschland in der Durchführung begriffen seien. Dieser belgische Vorschlag steht im Vordergrund der Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen Paris und London stattfinden. Poincaré verlangt jedoch auch die Fortdauer der Eisenbahnregie, da die Sicherheit der französischen Truppen dies notwendig mache, besonders dann, wenn die englischen Truppen im Januar nächsten Jahres die Kölner Zone räumen werden. Dem „Manchester Guardian" zufolge will Poincaré unter allen Umständen erreichen, daß die englische Besatzung durch eine französische ersetzt wird. Auf diese Weise bringt Poincaré die gegenwärtigen Verhandlungen mit der Sicherheitsfrage in Verbindung. Die Durchführung der Pariser Vorschläge ist also erst dann zu erwarten, wenn eine Einigung über dieses ganze Problem erfolgt sein wird, was noch monatelang dauern kann.**

Die Hintermänner des Rathenaumordes

B. **Berlin, 2. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) In den letzten Wochen sind neue Ermittlungen nach den Hintermännern des Rathenaumordes aufgenommen worden die, wie das „B. T." erfahren haben will, überraschende Ergebnisse gehabt haben. Die Gerichtsverhandlung vermochte damals namentlich die Frage der etwaigen Geldgeber nicht aufzuklären. Die neuen Ermittlungen sollen nun ergeben haben, daß diese Hintermänner in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes zu suchen seien. Insbesondere wurde ein Berliner Kaufmann, der eine Vertrauensstelle im Alldeutschen Verband bekleidet, schwer belastet. Außerdem kommt der Fürsprech Hoffmann in Bern in Betracht, durch dessen Hände bis zum heutigen Tage die Unterhaltungsgelder für die nach Ungarn geflüchteten Mörder Erzbergers, Schulz und Tillessen, gingen. Das gesamte Aktenmaterial sei jetzt dem Oberreichsanwalt zugegangen, der über die weiteren Maßnahmen Entscheidung zu treffen hatte.

75 Parteien!

B. **Berlin, 2. Mai.** (Eig. Drahtbericht.) **Man hatte bisher angenommen, daß 23 Parteien am kommenden Sonntag um die Gunst der reichsdeutschen Wählerschaft ringen werden. Das ist aber, wie sich jetzt herausstellt, leider nur ein schöner Traum gewesen. Die Annahme stützte sich nämlich allein auf die Liste der Reichswahlvorschläge. Die Kreiswahlvorschläge weisen aber im ganzen 75 verschiedene Parteien auf. Darunter befinden sich ein Freiwirtschaftsbund F. F. F., eine „Liste des Freiwirtschaftsbundes", eine Schleswig-holsteinische Landespartei, eine Partei der Mieter, eine Liste des bayrischen Gasthofgewerbes, eine Deutsche Arbeitnehmerpartei und unter verschiedentlichen polnischen Listen eine Masurische Vereinigung und eine Wendische Volkspartei. Hier und da handelt es sich in den einzelnen Wahlkreisen um Variationen derselben Firma. Es bleiben aber trotzdem noch Gruppen und Gruppen, die zwar zur Notgemeinschaft eines Reichswahlvorschlages zusammengeschlossen sind, aber im Übrigen sehr selbständig und selbstbewußt auftreten. Eine Karikatur auf die Wahlmüdigkeit dieses Wahlkreises.**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240503/1